

GRUNDWISSEN GESCHICHTE

JAHRGANGSSTUFE 9

ZEITTADEL

1918

Novemberrevolution: Ende der Monarchien in Deutschland

1923

Hitlerputsch: erster Versuch Hitlers, die Macht in Deutschl. zu erlangen

1929

Weltwirtschaftskrise, ausgelöst durch New Yorker Börsenkrach

30. Januar 1933

„Machtergreifung“:
Hitler wird zum Reichskanzler ernannt

1933

„Ermächtigungsgesetz“:
Die Regierung Hitlers erhält das Recht, Gesetze ohne Mitwirkung des Reichstags zu beschließen

9. November 1938

„Novemberpogrom“:
Gewaltakte der Nationalsozialisten gegen die jüdische Bevölkerung

1. September 1939

Beginn des Zweiten Weltkriegs durch deutschen Angriff auf Polen

20. Juli 1944

Attentat auf Hitler

WEIMARER REPUBLIK

Völkerbund: 1920 gegründete internationale Organisation zur Wahrung des Friedens und der Zusammenarbeit aller Völker

Weimarer

Verfassung: 1919 erarbeitete Verfassung für das Deutsche Reich, das dieses zu Republik und parlamentarischer Demokratie erklärte und den Bürgern einen umfangreichen Grundrechtekatalog zusicherte. Gesetzgebendes Organ war der Reichstag, mächtigstes Organ der Reichspräsident, der z. B. durch Notverordnungen die Gesetzgebungsbefugnis des Reichstages umgehen konnte.

Inflation: massive Geldentwertung, deren Kennzeichen das rasche Ansteigen aller Preise ist. Z. B. nach dem 1. Weltkrieg in fast allen beteiligten Staaten

NATIONALSOZIALISMUS

Nationalsozialismus: Republikfeindliche und antisemitische politische Bewegung (-> Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei), die von 1933 bis 1945 unter Führung Adolf Hitlers die Herrschaft in Deutschland ausübte

„Drittes Reich“: Bezeichnung für Deutschland unter nationalsozialistischer Herrschaft (1933-45). 1. Reich: Mittelalterliches Kaiserreich (bis 1806), 2. Reich: Kaiserreich 1871-1918

Verbunden mit der Durchsetzung der NS-Herrschaft sind folgende Begriffe:

„Machtergreifung“: nationalsozialistischer Begriff für den Tag, an dem Adolf Hitler von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde (30.1.1933). Der Regierung gehörten Mitglieder verschiedener Parteien an.

„Gleichschaltung“: Bezeichnung für die nationalsozialistischen Maßnahmen, die dazu führen sollten, dass Staat, Gesellschaft und Kultur personell und ideologisch auf ihre Partei ausgerichtet und von ihr beherrscht werden

Ein zentraler Aspekt der NS-Ideologie war der Antisemitismus:

Antisemitismus: Ablehnung oder Bekämpfung von Juden aus religiösen oder sozialen, sowie seit der 2. Hälfte des 19. Jhs. auch rassistischen Gründen: Im Nationalsozialismus reichte der Antisemitismus bis zur systematischen Vernichtung der Juden.

„Nürnberger Gesetze“:

Bezeichnung für die 1935 von den Nationalsozialisten erlassenen antisemitischen Rassengesetze. Juden verloren alle politischen Rechte, Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden wurden verboten.

Holocaust:

griech.: „völlig verbrannt“. Amerikanischer Begriff für die systematische Ermordung von sechs Millionen europäischer Juden während des „Dritten Reiches“

Shoa:

hebr.: „Katastrophe“. Hebräischer Begriff für den Völkermord an den Juden im „Dritten Reich“

Konzentrations- und

Vernichtungslager: Lager, die seit Anfang des 20. Jh. zur Gefangenhaltung politischer Gegner gebaut wurden (z. B. UdSSR unter Stalin). In Deutschland entstanden die ersten KZ kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Vernichtungslager dienten der massenhaften Ermordung von Juden, Sinti, Roma und anderen Menschen, die der NS-Rassenvorstellung nicht entsprachen. Beispiele für Vernichtungslager: Auschwitz, Majdanek, Treblinka

Außenpolitik NS-Deutschlands:

Münchener

Abkommen:

Vertrag zwischen Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien, in dem beschlossen wurde, das Sudetenland von der Tschechoslowakei abzutrennen und an Deutschland anzugliedern (1938)

Widerstand:

Bezeichnung für die Opposition gegen Hitler und den Nationalsozialismus, z. B. Hitlerattentate durch Georg Elser oder Militärangehörige (1944), Flugblattaktionen der „Weißen Rose“

8./9. Mai 1945
bedingungslose
Kapitulation
Deutschlands: Ende
des Zweiten Weltkriegs

1946
Verfassung des
Freistaates Bayern

1949
Gründung von
Bundesrepublik
Deutschland und
Deutscher
Demokratischer
Republik (DDR)

23. Mai 1949
Grundgesetz der
Bundesrepublik
Deutschland

17. Juni 1953
Aufstand gegen das
DDR-Regime

1961
Bau der Berliner Mauer

1963
deutsch-französischer
Freundschaftsvertrag
von Bundeskanzler
Adenauer und
Staatspräsident de
Gaulle unterzeichnet

NACHKRIEGSZEIT IN DEUTSCHLAND

Konferenz von Potsdam:

Konferenz der Regierungschefs von USA, Großbritannien und UdSSR nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa (*Juli / August 1945*), in der Entscheidungen über die Behandlung Deutschlands getroffen wurden

Flucht und Vertreibung:

umfasst die Flucht der Deutschen aus den Ostgebieten vor der sowjetischen Armee (*1944/45*) und die bei der Konferenz von Potsdam beschlossene Zwangsumsiedlung der Deutschen aus deutschen Ostgebieten und Ausland (*ab 1945*)

Besatzungszonen: Deutschland und Österreich wurden *1945* von den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges (UdSSR, USA, Großbritannien, Frankreich) in vier Besatzungszonen aufgeteilt

Entnazifizierung: politische Säuberung der Siegermächte in den Besatzungszonen mit dem Ziel, alle NS-Organisationen aufzulösen und die Männer und Frauen, die dem NS-Staat in leitenden Funktionen dienten, zu bestrafen

Währungsreform: Einführung der Deutschen Mark in den westlichen Besatzungszonen bzw. der D-Mark (später Mark der DDR) in der sowjetischen Besatzungszone mit dem Ziel, das Vertrauen in die deutsche Währung wieder herzustellen (*1948*)

ZEIT DES KALTEN KRIEGES

Kalter Krieg: politischer, wirtschaftlicher und militärischer Konkurrenzkampf zwischen den Großmächten USA und UdSSR sowie ihren Bündnissen

NATO: = **North Atlantic Treaty Organization**. Militärbündnis zur Verteidigung gegen einen möglichen sowjetischen Angriff, gegründet *1949* von zehn westeuropäischen Staaten, der USA und Kanada. Beitritt der Bundesrepublik: *1955*

Warschauer Pakt: *1955* gegründetes Militärbündnis unter Führung der UdSSR mit allen osteuropäischen Staaten, auch der DDR (*1991* aufgelöst)

Westintegration: politische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Welt (Westeuropa und USA) *nach 1945*

Deutsche Frage: Bundesdeutsche Bezeichnung für das Problem der Teilung Deutschlands, die auf Basis einer Entscheidung des ganzen deutschen Volkes behoben werden sollte

WELTPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN IN DER ZWEITEN HÄLFTE DES 20. JAHRHUNDERTS

Europäische Einigung:

Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten *nach 1945*: *1951* Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, *1957* Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Europäische Atomgemeinschaft; die drei letztgenannten Organisationen wurden *1967* zur Europäischen Gemeinschaft (EG) zusammengefasst; die *1993* in die Europäische Union (EU) übergang.

Nahostkonflikt: Streit zwischen dem *1948* gegründeten Staat Israel, seinen arabischen Nachbarn und der palästinensischen Bevölkerung um die staatliche Organisation Palästinas und das Existenzrecht Israels, der bestimmt ist von Kriegen und Terrorakten

Nord-Süd-Konflikt: Spannungen zwischen den hoch entwickelten Industriestaaten auf der nördlichen und den „Entwicklungsländern“ auf der südlichen Erdhalbkugel

UNO: = **United Nations Organization**. *1945* gegründete Weltorganisation, der inzwischen fast alle Staaten der Welt angehören. Ihre Hauptziele sind Erhaltung des Friedens, Abrüstung und Garantie der Menschenrechte.